

**Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg übergibt Gutachten zur Umsetzung des Umweltplans Baden-Württemberg**

„Wichtige Ziele wurden erreicht, aber es bleibt noch viel zu tun!“

**Pluspunkte bei den Zielen des Umweltplans im Rohstoffverbrauch, bei der Wassernutzung und Gewässergüte; Teilerfolge bei der Luftreinhaltung, beim Arten- und Lebensraumschutz und in der Abfallwirtschaft; Defizite und großer Handlungsbedarf beim Klimaschutz, Flächenverbrauch und Lärmschutz: So lässt sich der Bericht des Nachhaltigkeitsbeirats Baden-Württemberg zum Umweltplan des Landes auf den Punkt bringen. Das umfangreiche und detaillierte Gutachten zur Situation der Umwelt im Land wurde heute an die Umweltministerin Tanja Gönner in Stuttgart übergeben. In seiner Begründung hob der Vorsitzende des Beirats, Dr. Peter Fritz hervor, dass die Landesregierung mit dem im Dezember 2000 verabschiedeten Plan sich ehrgeizige Ziele bis 2010 gesetzt hat. Bis zur gesicherten Erfüllung der Ziele sei noch viel zu tun. Zugleich wird eine konsequente Fortführung und Weiterentwicklung des Umweltplanes in Richtung auf einen umfassenden Nachhaltigkeitsplan empfohlen. Damit soll zum einen das Kernziel der nachhaltigen Entwicklung im Land, der Schutz der Umwelt, mit Nachdruck weiter verfolgt und zum anderen die Umweltpolitik noch stärker mit wirtschaftlichen und sozialen Zielen verknüpft werden.**

Der Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg ist ein von der Landesregierung am 24.4.2002 ins Leben gerufenes unabhängiges Beratungsgremium. Er hat den Auftrag, durch periodische Begutachtung die Umweltsituation in Baden-Württemberg und deren Entwicklungstendenzen zu bewerten und die Umsetzung und Fortschreibung des Umweltplans Baden-Württemberg kritisch zu begleiten. In dem jetzt vorgestellten Gutachten nimmt der Beirat erstmals zu allen relevanten Bereichen des Umweltplans Stellung. Es ist gleichzeitig das letzte Gutachten in seiner ersten Berufungsperiode.

Der Nachhaltigkeitsbeirat würdigt in dem Gutachten die Vorreiterrolle Baden-Württembergs bei der Aufstellung eines ehrgeizigen Umweltplans mit quantifizierten Zielen und bei der Verfolgung innovativer Strategien und Instrumente der Zielerreichung. Erfolgreich war das Land insbesondere bei der Verfolgung der Ziele zum Rohstoffverbrauch, zur Wassernutzung, zur Gewässergüte und bei den meisten Luftschadstoffen, ausgenommen Feinstaub und Stickstoffdioxid. Nach dem Urteil des Beirates wurden in den Bereichen Grundwasser- und Gewässerschutz, biologische Vielfalt und Reduzierung der Abfallmengen zwar Fortschritte erzielt, jedoch sind hier aber noch weitere Anstrengungen zur Erreichung der Ziele erforderlich. Nach Ansicht des Beirates wurden die selbst gesetzten Ziele im Klimaschutz, im Flächenverbrauch und im Lärmschutz bis zum Jahr 2005 nicht erreicht.

Insbesondere zu den als kritisch eingestuften Umweltbereichen hat der Beirat konkrete Empfehlungen an die Landesregierung gerichtet. Darunter sind vor allem folgende zu nennen:

**Klimaschutz**

Zur Erfüllung der Klimaschutz-Ziele des Landes empfiehlt der Beirat, die im Land vorhandenen Potenziale an erneuerbaren Energien, insbesondere aus Biomasse, intensiver zu erschließen und zu nutzen. Zur weiteren Minderung des heimischen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sollten insbesondere auch die Aktivitäten im Verkehrsbereich verstärkt werden, u. a. durch eine verbesserte Vorbildfunktion des Landes bei der Fuhrparkausstattung mit abgasarmen Fahrzeugen, die Einführung von Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Autobahnen - abgestuft

nach den spezifischen Emissionen eines Pkw, die Einführung einer Pkw-Maut und eine Besteuerung von Flugbenzin. Da die zuletzt genannten Aktivitäten nicht allein im Entscheidungsbereich eines Bundeslandes liegen, sollten sie über die entsprechenden Bundes- oder EU-Gremien vorangetrieben werden.

Gleichzeitig sollten die Vorsorgeplanungen gegen potenzielle Folgen des Klimawandels (Überschwemmungen, Sturmereignisse oder zeitweise stark verringerte Wasserführung von Flüssen) verbessert werden.

Darüber hinaus sollte als Teil einer „Klimadoppelstrategie“ eine baden-württembergische Initiative zum globalen Klimaschutz unter der Leitidee „Klimagerechtigkeit“ als Beitrag zu einem wirksamen Klimaschutzabkommen „Kyoto-Plus“ forciert werden. Nur so kann die baden-württembergische Klimapolitik tatsächlich einen Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten.

### **Flächenverbrauch**

Zur deutlichen Reduzierung des Flächenverbrauchs und zum wirksamen Schutz möglichst großflächiger naturnaher Flächen empfiehlt der NBBW dem Land die Einführung des in seinem Sondergutachten 2004 beschriebenen Instrumentes der handelbaren Flächenzertifikate in Kombination mit quantifizierten Zielvorgaben. Ebenfalls sollen die bereits angelaufenen Initiativen des Landes, die mittels Aufklärung, Information und Kooperation das Bewusstsein für die Thematik der Flächennutzung stärken sollen, weitergeführt und verstärkt werden.

### **Lärmschutz**

Die Lärmbelastung, das nach Meinungsumfragen in der Bevölkerung wichtigste Umweltproblem, sollte durch Erarbeitung und Umsetzung eines Stufenplanes bis zum Jahr 2015 zielgerichtet angegangen werden. Schwerpunkt sollte dabei die Lärmentlastung an den Lärmschwerpunkten des Landes sein, wobei die positiven Erfahrungen mit dem erfolgreich verlaufenen „Lärminderungsplan Filder“ einbezogen werden sollen.

### **Luftreinhaltung und Innenraumluft**

Angesichts der Überschreitungen der Grenzwerte zur **Feinstaubbelastung** sieht der Beirat die zuständigen Landesinstitutionen in der Pflicht. Für die hoch belasteten Teile des Landes sollten umgehend die notwendigen Maßnahmenpläne zur Erfüllung der Grenzwerte erstellt und zügig umgesetzt werden. Der Beirat erachtet es als notwendig, dass diese Maßnahmenpläne auch das Instrumentarium der „selektiven Fahrverbote“ für besonders schadstoffintensive Fahrzeuge enthalten. Die Landesregierung soll sich nach Meinung des Beirats intensiv dafür einsetzen, dass sich Bund und Länder noch in dieser Legislaturperiode über die steuerlichen Anreize zur Ausstattung mit Partikelfiltern einigen.

Darüber hinaus befürchtet der Beirat, dass auch die im Jahr 2010 gültigen Grenzwerte zur Luftbelastung mit **Stickstoffdioxid** verfehlt werden. In zahlreichen Städten des Landes ist die heutige Belastung sehr hoch – zum Teil doppelt so hoch wie der zukünftige Grenzwert. Eine deutliche Minderung ist derzeit nicht zu erkennen. Der Beirat empfiehlt dem Land, die verbleibende Zeit intensiv zu nutzen, um die Ursachen der hohen Stickstoffdioxid-Belastung eindeutiger als bisher zu klären und den Anteil von besonders hoch emittierenden Fahrzeugen an dieser Belastung zu identifizieren. Zusätzlich müssen alle Möglichkeiten der Reduzierung dieses Schadstoffes untersucht und vor allem in effiziente Minderungsstrategien umgesetzt werden.

Der Beirat weist auch auf die hohe Schadstoffbelastung der Innenräume durch Zigarettenrauch hin. Er empfiehlt dringend, die Diskussion über ein grundsätzliches Rauchverbot in öffentlich zugänglichen Gebäuden und in Schulen aufzunehmen.

Das Gutachten mit dem Titel „*Statusbericht 2005 zum Umweltplan Baden-Württemberg*“ kann bei der Geschäftsstelle des Nachhaltigkeitsbeirats bestellt oder auf der Homepage des Beirats abgerufen werden.

**Kontakt:** Christian D. León  
Geschäftsstelle des Nachhaltigkeitsbeirats Baden-Württemberg  
Tel. (0711) 121-3261  
Fax (0711) 121-2175  
E-Mail: [info@nachhaltigkeitsbeirat-bw.de](mailto:info@nachhaltigkeitsbeirat-bw.de)  
Internet: <http://www.nachhaltigkeitsbeirat-bw.de>

**Die Mitglieder des Nachhaltigkeitsbeirats (Periode 2002-2005):**

- Dr. **Peter Fritz**, Forschungszentrum Karlsruhe (Vorsitzender)
- Prof. Dr. **Ursula Gundert-Remy**, Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), Berlin (stellv. Vorsitzende)
- Dr. **Ulrich Höpfner**, IFEU - Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg
- Prof. Dr. **Giselher Kaule**, Institut für Landschaftsplanung und Ökologie, Universität Stuttgart
- Prof. Dr. Dr. **Franz Josef Radermacher**, Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n), Ulm
- Prof. Dr. **Stefan Rahmstorf**, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)
- Prof. Dr. **Ortwin Renn**, Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Technik- und Umweltsoziologie, Universität Stuttgart
- Prof. Dr. **Lutz Wicke**, Institut für UmweltManagement (IfUM), Europäische Wirtschaftshochschule Berlin
- Prof. Dr. Dr. h.c. mult. **Jürgen Zeddies**, Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre, Universität Hohenheim

**Bisher sind folgende Sondergutachten erschienen:**

- „Der Beitrag der Abfallwirtschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg“ (März 2005)
- „Neue Wege zu einem nachhaltigen Flächenmanagement in Baden-Württemberg“ (Februar 2004)
- „Nachhaltiger Klimaschutz durch Initiativen und Innovationen aus Baden-Württemberg“ (Januar 2003)